

Die falsche Krisenanalyse und ihre Folgen

Konservativ-neoliberale Ideologie
als Europäische Antwort auf die Krise

Josef Thoman (Sektion 8 der SPÖ Alsergrund)

sektion  acht

Überblick

1. Ursach(en) der Krise

- Die Interpretation der europ. Konservativen: Staatsschulden
- Die „etwas andere“ Interpretation: 3 U's
- Diskussion

2. Auswirkungen & Antworten

- Folgen der Krise: Zahlen & Fakten
- Europäische Antworten: European Economic Governance oder „Wir sparen!“
- Diskussion / Lösungsansätze



Ursachen der Krise: Mythos I

„Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt“

Angela Merkel, Neujahrsansprache 31.12.2010

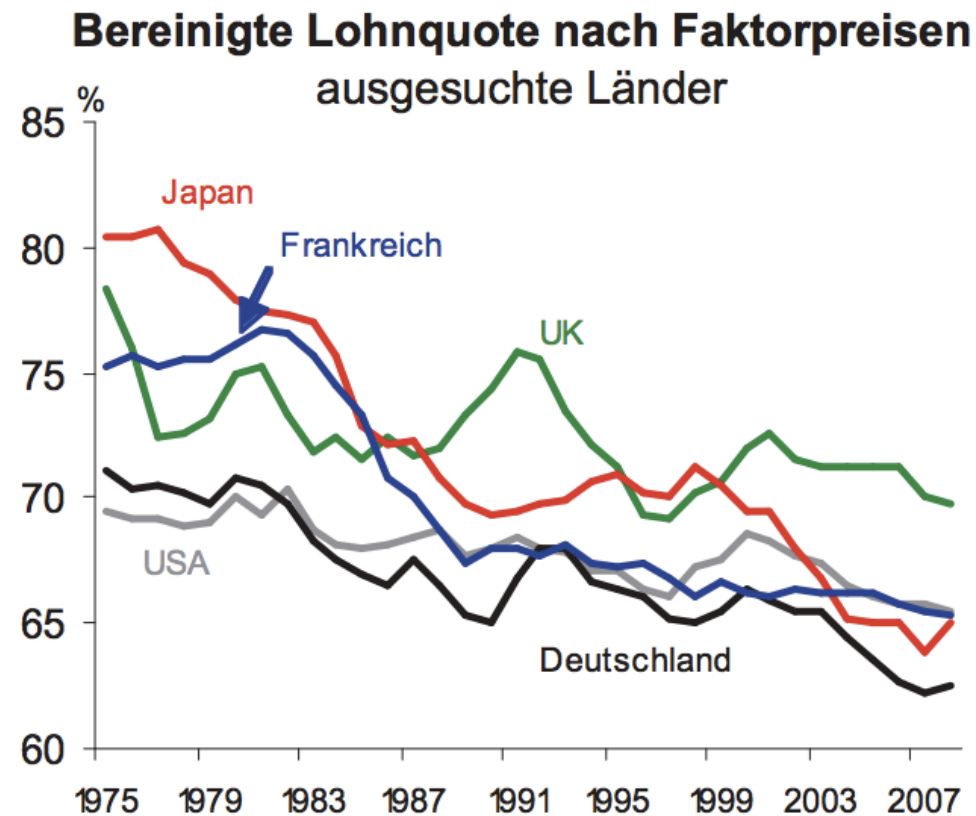
Was ist damit gemeint?

- die Löhne sind zu hoch!
- der Sozialstaat ist zu teuer!
- ➔ Wir müssen wieder wettbewerbsfähig werden!

Ursachen der Krise: Mythos I

Sind die Löhne allgemein zu hoch?

- Lohnsumme im Verhältnis des Volkseinkommen:

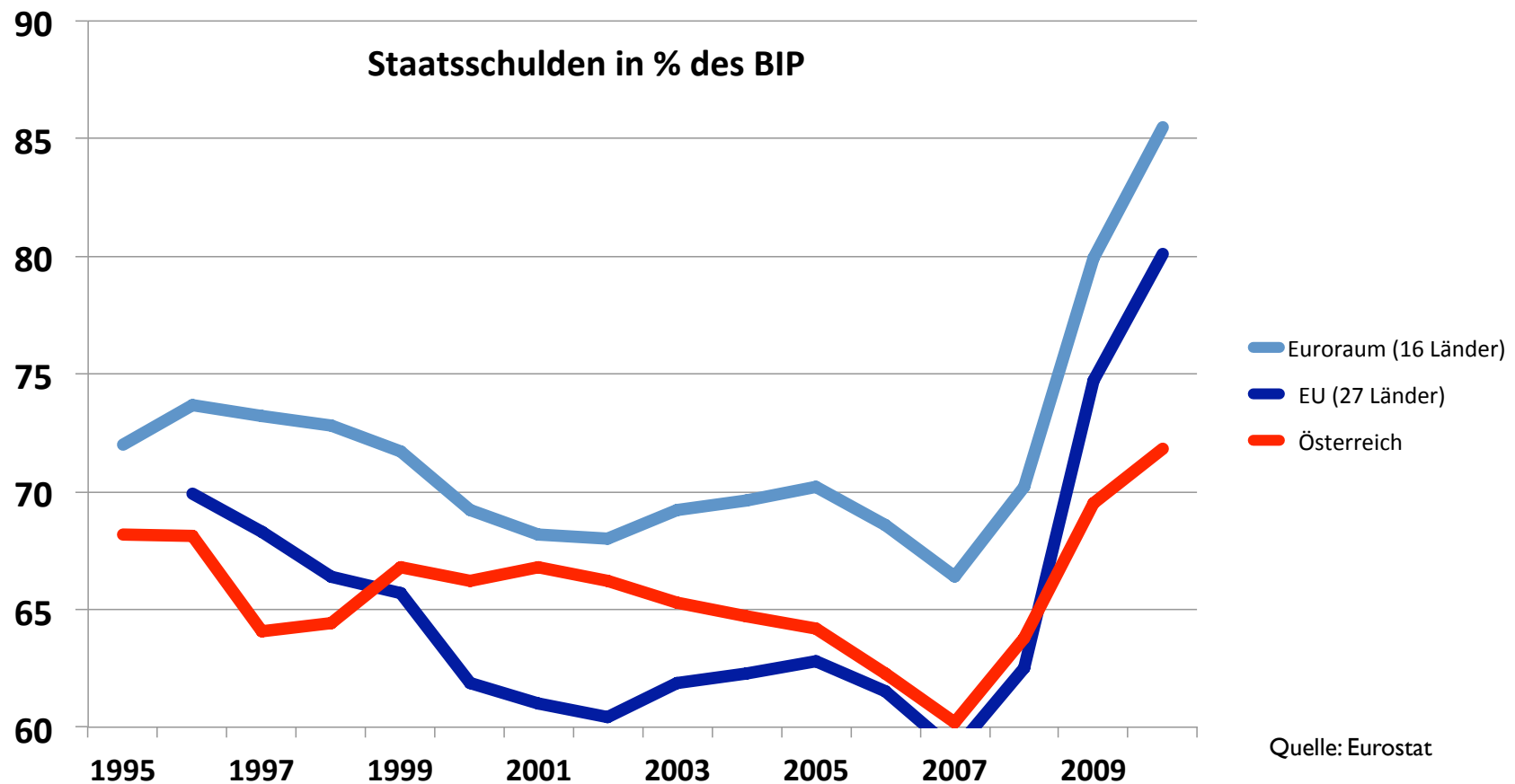


Quelle: IMK-Report 38/2009;
AMECO-Datenbank

Ursachen der Krise: Mythos II

„Die Ursachen der Krise sind: Zu hohe Staatsverschuldung und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger Euro-Staaten“

Angela Merkel, im Bundestag | 2/2011



Ursachen der Krise: Mythen

- Staatsschulden waren vor der Krise rückläufig.
 - ➔ Dh.: Der Sozialstaat ist nicht zu teuer.
- Staatsschulden sind erst in Folge der Krise „explodiert“!
- Anteil der Löhne am Volkseinkommen war vor der Krise rückläufig!
 - ➔ „Wir“ haben also nicht über unsere Verhältnisse gelebt.



Ursachen der Krise: die 3 U's

Was sind die Ursachen der Krise?

- **U**ngleichere Verteilung von Einkommen & Vermögen
- **U**nregulierte Finanzmärkte
- **U**ngleichgewichte makroökonomischer Natur

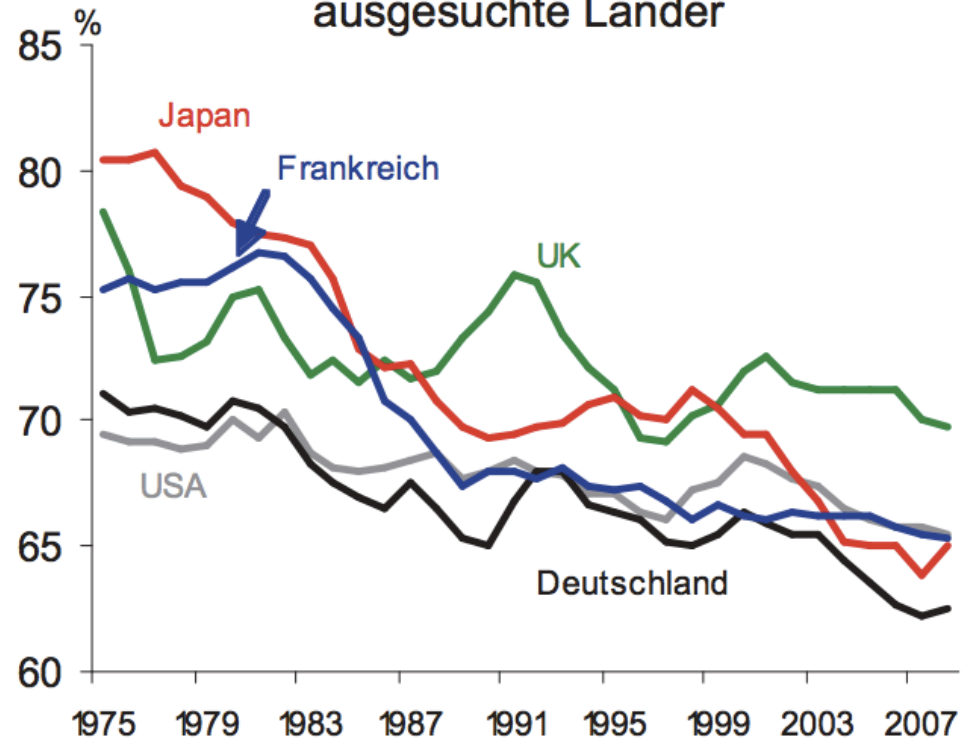


I. Ungleiche Verteilung

Funktionelle Einkommensverteilung

Anteil der Löhne am Volkseinkommen

ausgesuchte Länder



Quelle: IMK-Report 38/2009;
AMECO-Datenbank

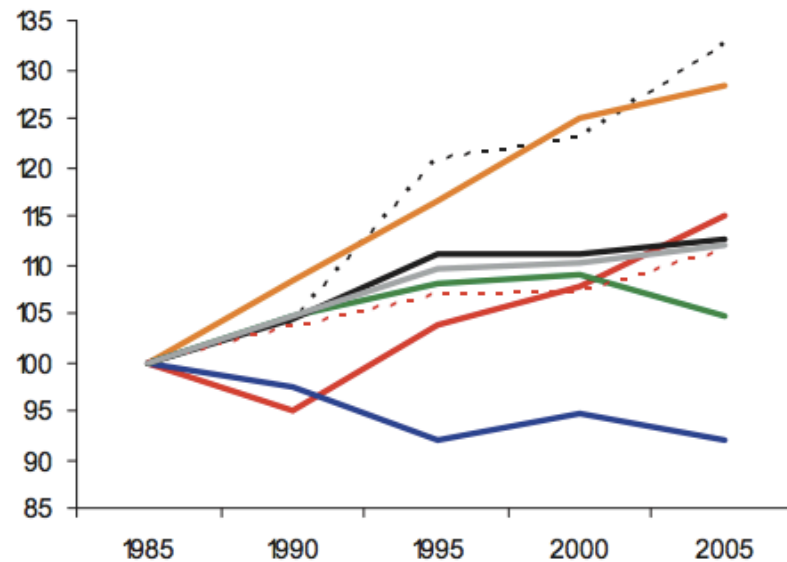


Ungleiche Verteilung

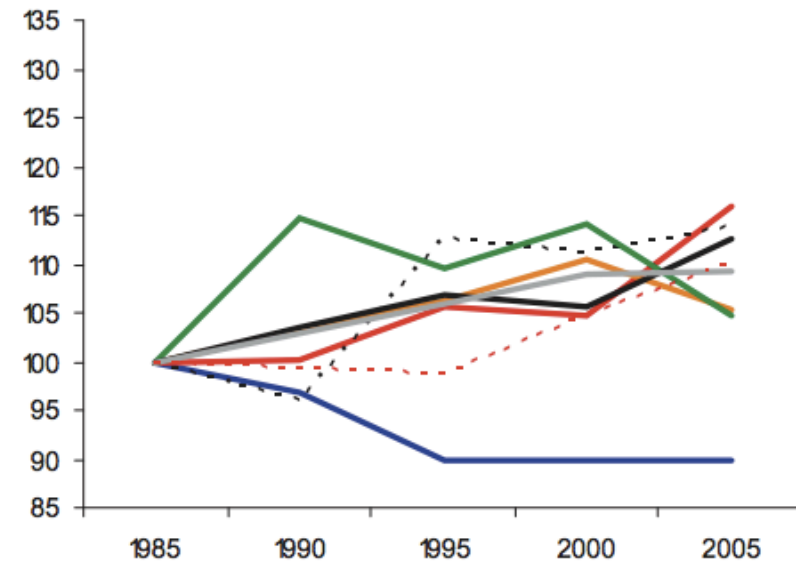
Personelle Einkommensverteilung

ausgesuchte Länder

(a) Ungleichheit der Primäreinkommen
Gini Koeffizient; Index: 1985 = 100



(b) Ungleichheit der verfügbaren Einkommen
Gini Koeffizient; Index: 1985 = 100



— Deutschland — Kanada — Frankreich — Japan
— USA — Großbritannien - - - Italien — OECD-15

Anmerkung: Je ungleicher die Verteilung, umso höher ist der Gini-Koeffizient.

OECD 15: Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Japan, Luxemburg, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Schweden, Großbritannien, USA.

Quelle: OECD 2008a.



Ungleiche Verteilung

Folgen zunehmende Ungleichverteilung:

- Rekordgewinne (auf Kosten der Löhne)
 - wurden zu hohen Dividendenausschüttungen
 - ➔ kaum Investitionen in die Realwirtschaft
 - ➔ Anhäufung von Vermögen
- Einkommensschere innerhalb der Arbeitseinkommen geht auseinander
 - Zunahme des Einkommens bei BezieherInnen hoher Einkommen
 - stagnierendes Einkommen bei BezieherInnen geringer und mittlerer Einkommen

Ungleiche Verteilung

Was sind die Auswirkungen?

- Grundsätzlich:
 - Konsumneigung bei geringen Einkommen deutlich höher
 - Sparquote bei hohen Einkommen höher
 - Vermögende tendieren zu risikoreicheren Finanzanlagen
- Sinkende Lohnquote:
 - ➔ sinkenden/stagnierende Nachfrage
- Hohe Dividendenausschüttung:
 - ➔ geringere Investitionstätigkeit
 - ➔ Anhäufung von (Spar-)Vermögen
- Polarisierung der Verteilung innerhalb der Arbeitseinkommen:
 - ➔ sinkende/stagnierende Nachfrage
 - ➔ Anhäufung von (Spar-)Vermögen

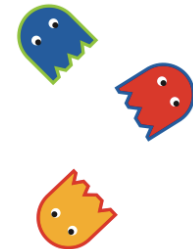
Ungleiche Verteilung

Wozu hat das geführt?

- geringe Investitionstätigkeit
- schwache (realwirtschaftliche) Nachfrage
- Anhäufung von Vermögen, welches tendenziell risikofreudig veranlagt wird

Warum?

- Wer weniger hat, konsumiert mehr...
 - „Reiche wissen nicht was tun mit dem Geld - sie spielen am Finanzmarkt“
 - Untere und mittlere Einkommensschichten konsumieren mehr um ihre Bedürfnisse zu befriedigen - sie stimulieren damit die Realwirtschaft.



2. Unregulierte Finanzmärkte

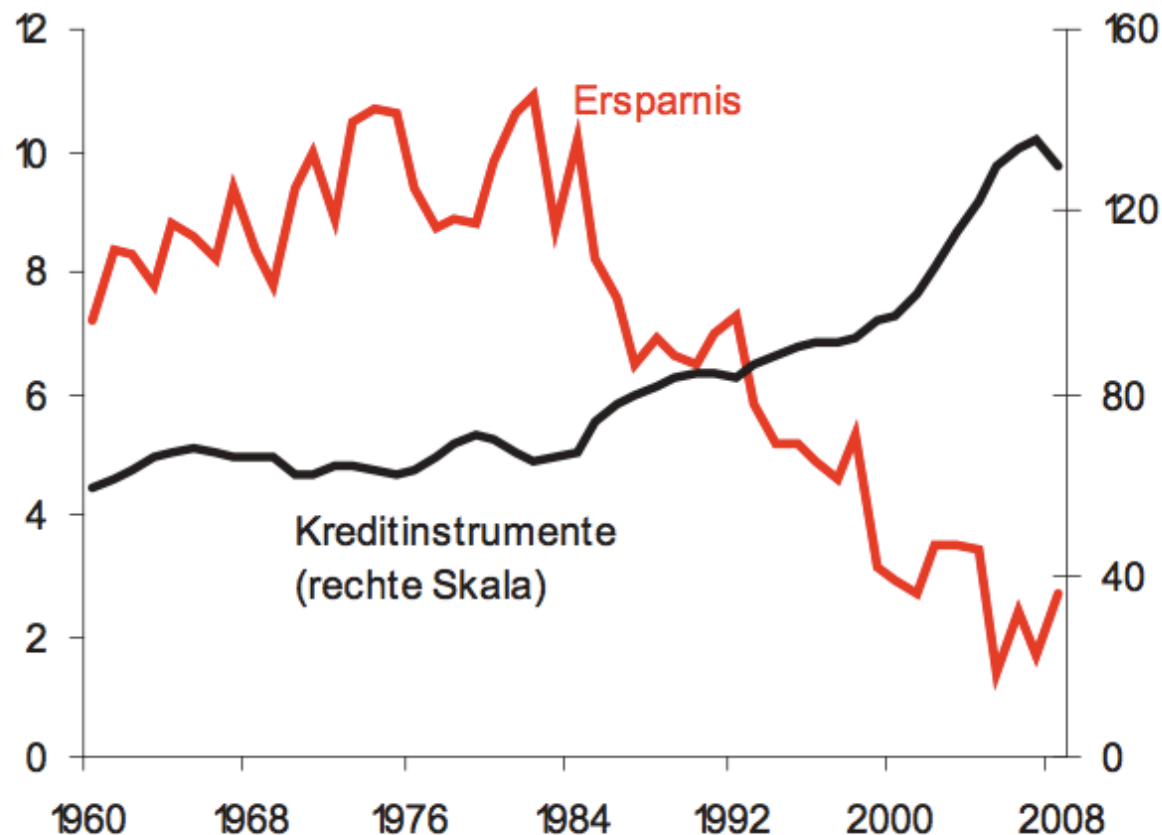
Deregulierung der FM, Bsp. USA:

- Kreditvergabe & Wohnungseigentum als Sozialpolitik
 - 1968 und 1970: Teilprivatis. Fannie Mae & Freddie Mac
 - ➔ Idee der Kreditverbriefung
 - Home-Ownershipprogramme: Anreize f. Banken zur Kreditvergabe
 - 1982: Deregulierung des Sparkassensektors
 - 1988: Basel I & Verbriefungsboom
 - ➔ Verkauf von Krediten zur Eigenkapitalvors.
 - 1997: CreditDefaultSwaps
 - ➔ Versicherung vor Finanzmarktrisiken
 - 1999: Aufhebung des Trennbankensystems (Investmenth./Geschäftsb.)
 - 2001: Boom der **NoIncomeNoJobnoAssets**-Kredite
 - ➔ Kredite werden nur mit Immobilie u. Grundstück (nicht anderen Vermögen) besichert.
 - ➔ Kredite werden in völlig unregulierte Zweckgesellschaften ausgelagert, sie werden gebündelt und weiterverkauft

Unregulierte Finanzmärkte

Kombination Polarisierung der Einkommen und FM-Deregulierung

Ersparnis und Verschuldung der privaten Haushalte relativ zum verfügbaren Einkommen
USA, in %



Quelle: NIPA tables, Flow Funds, IMK-Report Nr. 41/2009

Unregulierte Finanzmärkte

**Subprimes sind aber kein rein
amerikanisches Problem**

- Video

Unregulierte Finanzmärkte

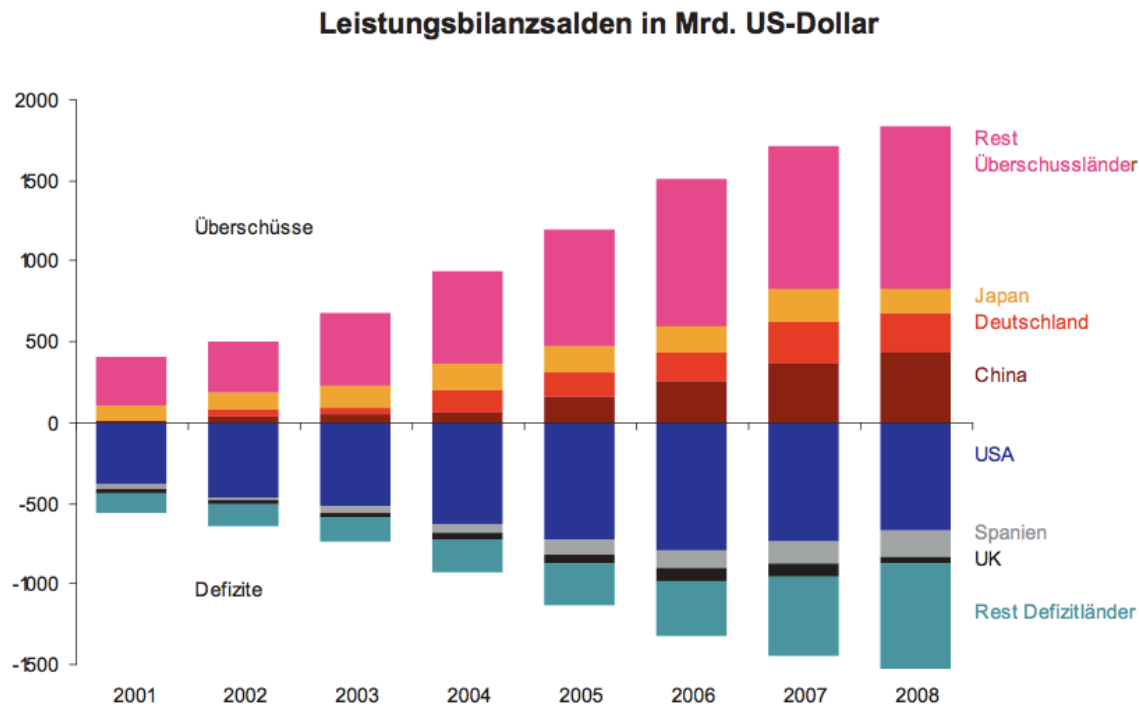
Deregulierung der Finanzmärkte ermöglicht:

- Verstecken von Risiko
 - zb. durch Mehrfachverbriefung (niemand weiß was drin steckt)
- ➔ Verschuldung von Haushalten mit geringem Einkommen
 - Kredite auch bei (zu) geringem Einkommen
 - kreditfinanzierte Nachfrage (kompensiert schwache Nachfr.)
- ➔ Hohe Renditen auf dem FM
 - durch Spekulationsgeschäfte mit scheinbar(!) kaum Risiko
 - Spekulation statt realwirtschaftl. Investitionen
 - Ackermann 2004: Ziel sind 25% Eigenkapitalrendite, 2010: Haben 25%-Ziel nicht aufgegeben

3. Ungleichgewichte

- anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse stehen anhaltenden Leistungsbilanzdefiziten gegenüber

➔ Global:

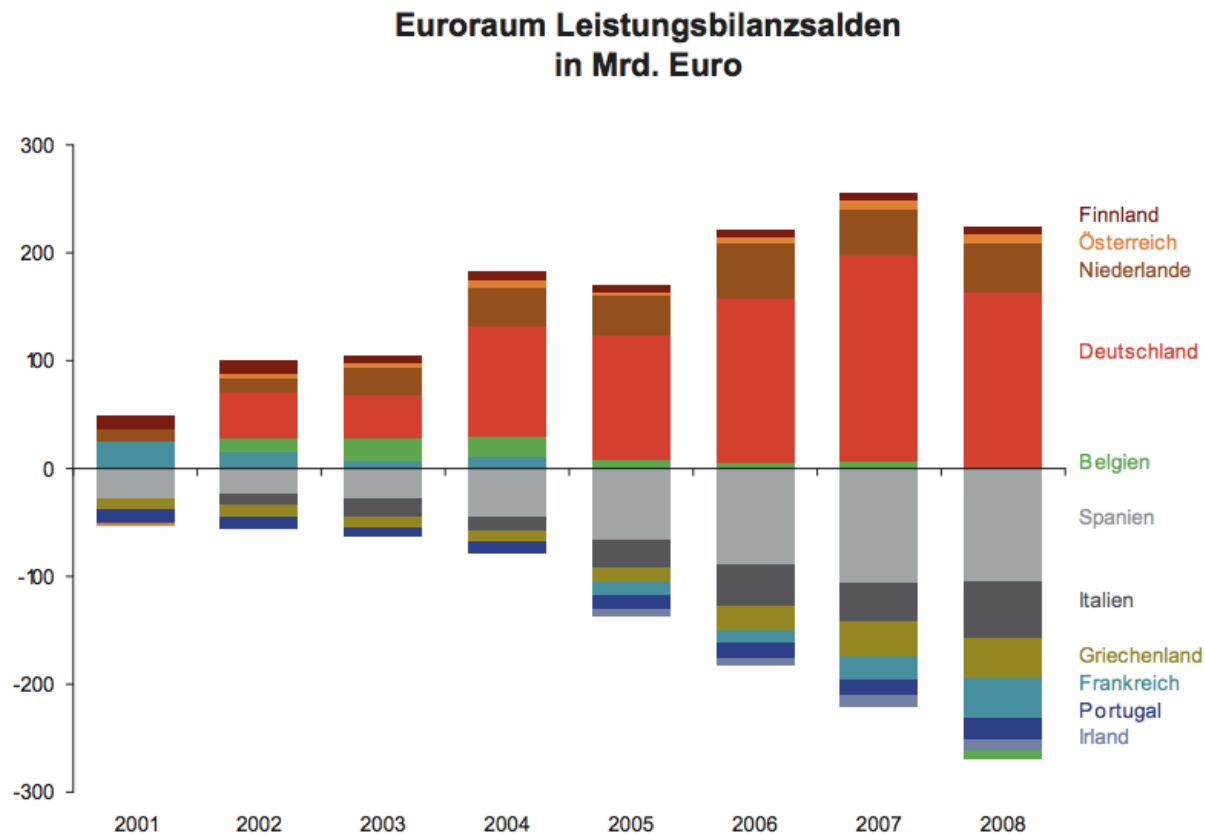


Anmerkung: Überschüsse und Defizite addieren sich weltweit zwar theoretisch zu null, nicht aber praktisch wegen Mess- und Bewertungsproblemen.

Quelle: Reuters-EcoWin; IMF WEO, 126 Länder.

Ungleichgewichte

- anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse stehen anhaltenden Leistungsbilanzdefiziten gegenüber
 - ➔ in Europa:



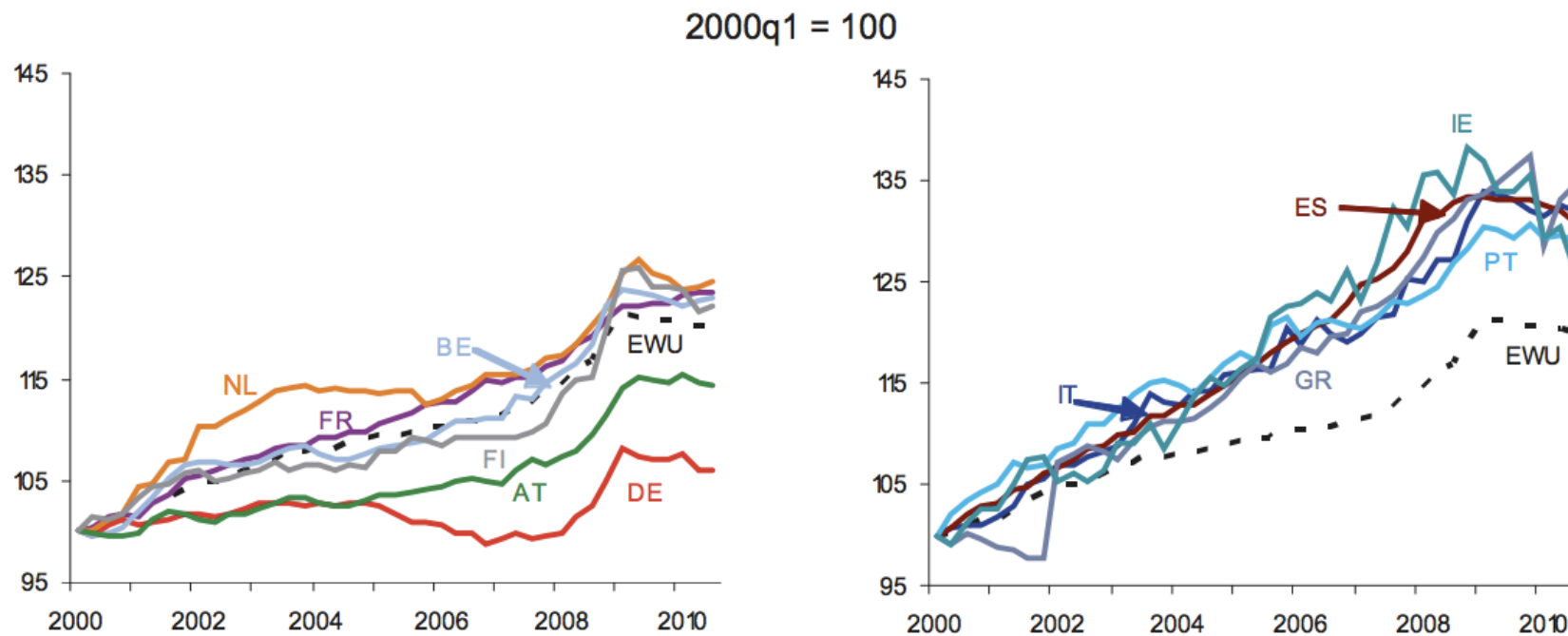
Ungleichgewichte

Wie sind die Leistungsbilanzungleichgewichte in Europa entstanden?

- geringe Lohnzuwächse in D (Ö, NL)
- höhere Lohnzuwächse in SP, IT, GR, FR
- D (Ö, NL) verbessern ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber SP, IT, GR, FR
 - ausgleich über Abwertung der Währung nicht möglich
- ➔ Exportüberschüsse in D, Ö, NL
- ➔ Exportdefizite in SP, IT, GR, FR

Ungleichgewichte

Lohnstückkosten in der EWU



Quelle: IMK-Report

Ungleichgewichte

Wie sind die globalen Leistungsbilanzungleichgewichte entstanden?

- D, JPN: stagnierende Löhne:
 - unteren Einkommen: Konsumverzicht anstatt Verschuldung
 - ➔ Warenexport
 - obere Einkommen: hohe Sparquote
 - ➔ Kapitalexport
- USA, GB: Polarisierung der Einkommensverteilung
 - Kompensation der Einkommenschwäche durch kreditfinanzierten Konsum
 - ➔ Warenimport
 - Hohe Renditen am Kapitalmarkt (durch Finanzinstrumente und damit künstliche Immobilienblase)
 - ➔ Kapitalimport

Auslöser der Krise in Stichworten

- US-Leitzins Anhebung auf 5,25% im Juni 2006
- Zinskredite steigen, Immobilien werden verkauft, Hauspreise brechen ein...
- es kommt zu Zahlungsausfällen
- Wertpapier verlieren massiv an Wert
- Unsicherheit steigt
- aufgrund der Verbriefungen weiß niemand was in den Bilanzen steht
- Lehman-pleite
- Unsicherheit überträgt sich auf Europa
- Liquiditätshortung, Interbankenmarkt stockt
- Kreditklemme: Kreditvergabe an die Realwirtschaft wird eingefroren
- ...

Urs. der Krise: 3U's und der Mythos

Ursachen der Krise:

- **U**ngleiche Verteilung:
 - ➔ weniger Nachfrage, mehr Spielgeld für die Finanzcasinos
- **U**nregulierte Finanzmärkte
- **U**ngleichgewichte:
 - ➔ geringe Lohnabschlüsse in Ö, D
 - ➔ hohe in SP, IT, GR

Staatsverschuldung keine Ursache sondern Folge der Krise:

- Staatsschulden waren vor der Krise rückläufig!
- Staatsschulden sind mit der Krise „explodiert“.

Diskussion

- Was sind aus deiner Sicht die zentralen Ursache die zur Krise geführt haben?
- Was wären Schlussfolgerungen/Antworten darauf?
- Warum nehmen „Staatsschulden“ in der öffentlichen Debatte so eine zentrale Rolle ein?

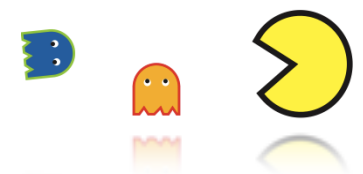
Ende Teil I

Pause!?



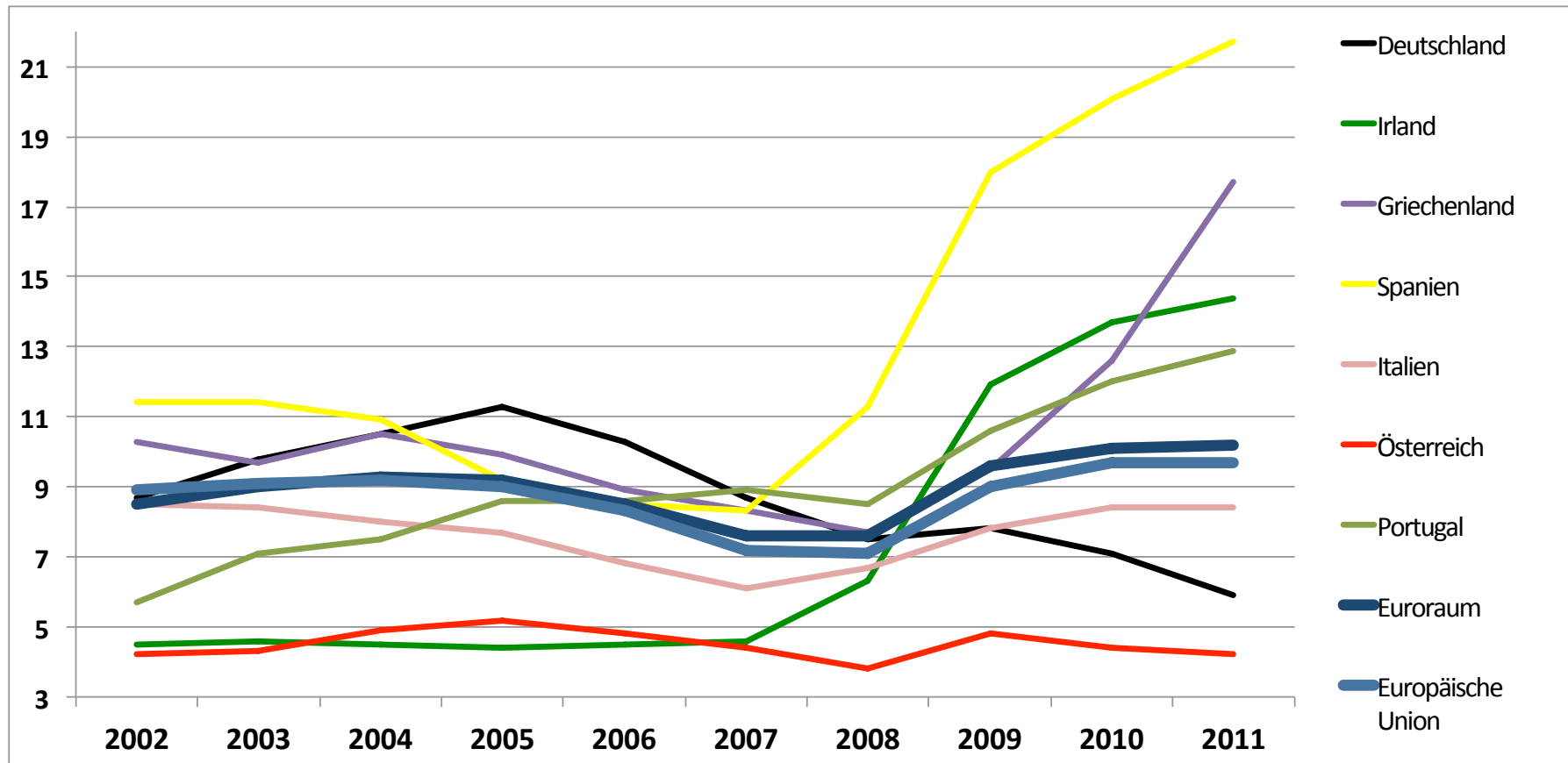
Die Folgen der Krise

- Wachstumseinbruch
- Anstieg der Arbeitslosigkeit
- Teure aber notwendige Banken- und Konjunkturpakete als Schadensbegrenzer
 - um Liquidität wiederherzustellen, und Kompletteinbruch zu vermeiden
- ➔ Massiver Anstieg der Staatsverschuldung
- ➔ Rekordarbeitslosigkeit in den südlichen MS



Folgen der Krise

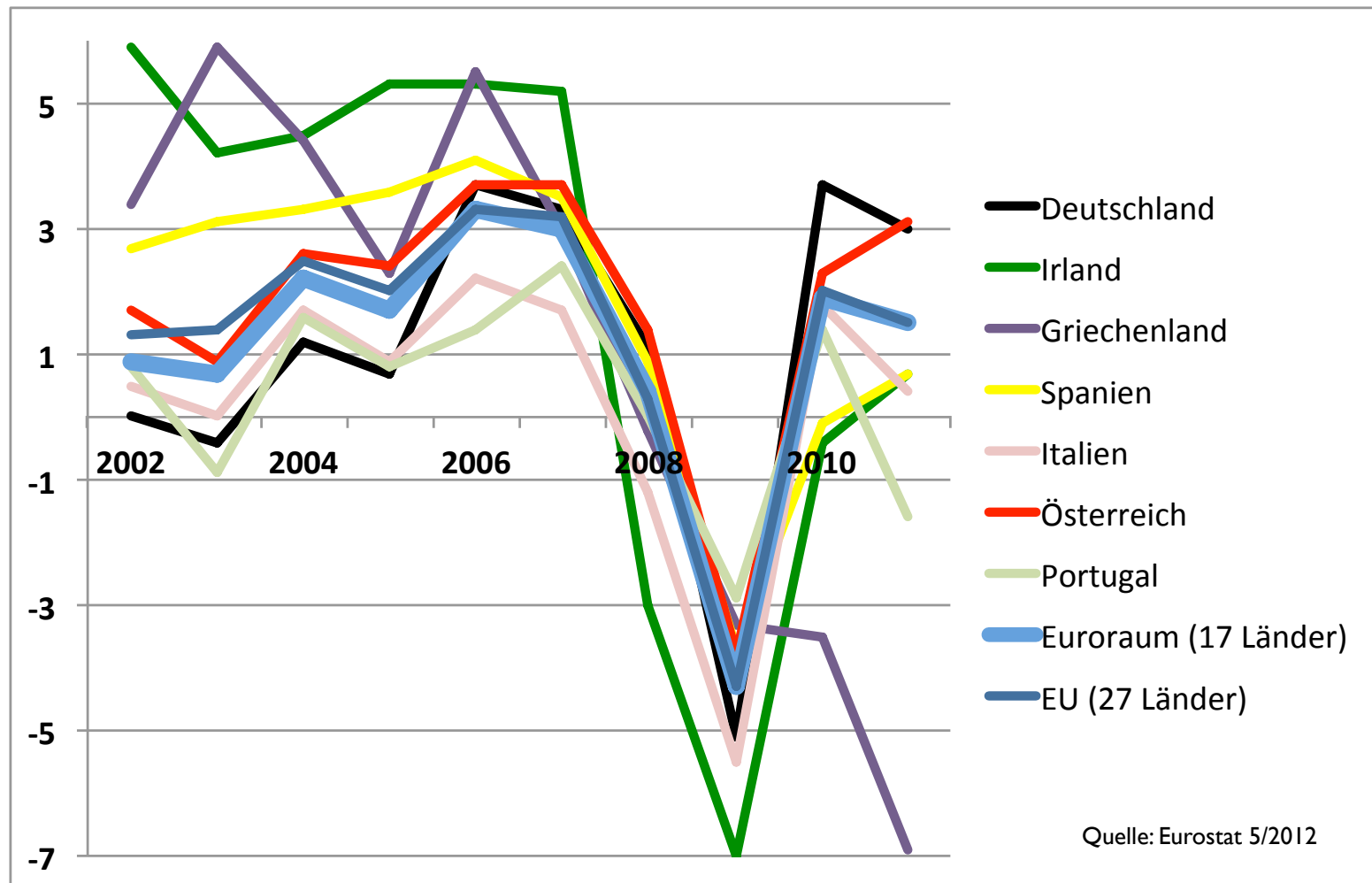
Arbeitslosenquoten in der EU



Quelle: Eurostat 5/2012

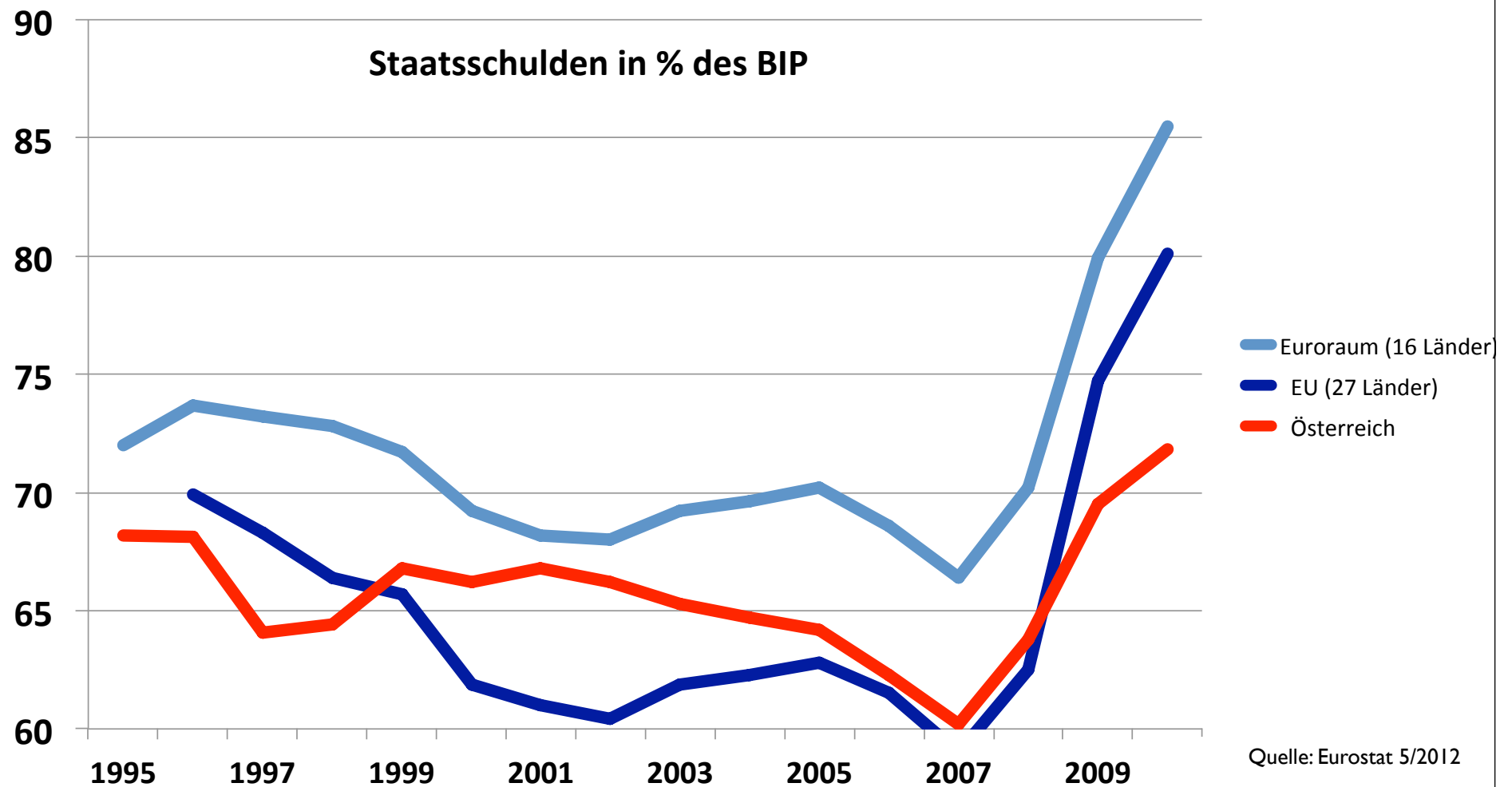
Folgen der Krise

Wachstumsraten in der EU



Folgen der Krise

Anstieg der Staatsschulden als Folge der Krise



Die Europäische Antwort auf die Krise

- Notfallhilfe
 - EFSF: temporärer Rettungsschirm bis 2013
 - ➔ Refinanzierung von Staatshaushalten inkl. strengen (Budget-)Auflagen
 - ESM: permanenter Schutzmechanismus ab 2012
 - ➔ Refinanzierung von Staatshaushalten inkl. strengen (Budget-)Auflagen
- Krisenprävention
 - 6-Pack & 2-Pack:
 - ➔ Strengere Regeln für Staatsfinanzen
 - ➔ Makroökonomische Überwachung
 - Fiskalpakt
 - ➔ Strengere Regeln für Staatsfinanzen
- Finanzmarktstabilisierung
 - Finanzmarktregulierung
 - ➔ Eigenkapitalvorschriften, Bankenstresstests
 - ➔ Teilw. Verbot spekulativer Produkte, Regeln für Ratingagenturen
 - ➔ Nationale Bankenrettungsfonds

Economic Governance

Economic Governance

„Six-Pack“ Teil I (im Herbst 2011 beschlossen) :

- Stabilitäts- und Wachstumspakt NEU (Maastricht 2.0)
 - Präventiver Arm: Ausgabenregeln mit Sanktionen
 - ➔ Primärausgaben müssen mittelfristig unter Potential-Wachstum liegen
 - ➔ Abweichungen max. 0,25% über 2 Jahre oder 0,5%/Jahr
 - ➔ finanz. Sanktionen, wenn Empfehlungen des Europäischen Rates nicht umgesetzt werden
 - Korrektiver Arm: Rückführung der Defizite
 - ➔ 1/20-Regel: Schulden über 60% des BIP müssen jährlich (3-Jahresdurchschnitt) um 3% reduziert werden.
 - ➔ Feststellung eines „Übermäßigen Defizits“, wenn
 - Defizit über 3%
 - oder 1/20-Regel nicht erfüllt
 - ➔ Einleitung des ÜD-Verfahrens nach Reverse-Majority-Rule im Rat
 - ➔ Sanktionen bis zu 0,2% des BIP

„Six-Pack“ Teil II

- Prävention & Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte
 - Präventiver Arm:
 - ➔ Jährlicher Bericht der EK, Scoreboard, qualitative Analyse, Diskussion in Eurogruppe & ECOFIN
 - ➔ Tiefenanalyse, als GL für Empfehlungen wenn Werte aus dem Scoreboard nicht erreicht werden
 - ABER: Grenzwerte sind größtenteils sinnlos! Bsp: Leistungsbilanzdefizit max. 3%, Leistungsbilanzüberschuss max. 6%
 - Korrektiver Arm:
 - ➔ Empfehlungen durch den Rat, Korrekturplan (MS)
 - ➔ Überwachung durch EK
 - ➔ Sanktionen (0,1% des BIP) nach Reverse Majority Rule Beschluss

Economic Governance

Six-Pack

- Deutliche Verschärfung der Schuldenregeln
- Strenge Auflagen zur Rückführung der Schulden
- Makroökonom. Probleme werden nur scheinbar und ohne effektive Steuerungs- und Sanktionsmechanismen behandelt

Economic Governance

„Fiskalpakt“

- Völkerrechtlicher Vertrag außerhalb der EU-Gesetzgebung
- Budgetdisziplin/Schuldenbremse
 - max. strukturelles Defizit von 0,5% des BIP
 - ➔ Ausnahme: „außergew. ökonom. Umstände die außerhalb des Einflusses des MS...“
 - ➔ Automat. Korrekturmechanismus: Schuldenabbauprogramm nach Grundsätzen, also Art, Umfang und zeitl. Rahmen der EK
- Schuldenrückführung
 - 1/20-Regel wie im 6-Pacck
- ÜD-Verfahren:
 - ÜD-Verfahren nach Reverse-Majority-Rule
 - Bei ÜD-Verfahren: Wirtschaftspartnerschaftsprogramm(!) inkl. detaillierter Strukturreformem, dessen Inhalt im „Recht der EU“ (?) festgelegt wird. Genehmigung und Überwachung durch Rat und EK
- Klagen am EuGh:
 - Einhaltung der Regeln/der Einführugn der Regeln kann von MS vor EuGh eingeklagt werden
 - weiters: Informationsaustausch, Eurozonen-Gipfel....



Economic Governance

Kritik am Fiskalpakt

- grundsätzlich:
 - Konsolidierung mittelfristig nötig, aber
 - keine erfolgreiche Sparpolitik ohne Wachstum
 - Sparparadoxon
- demokratiepolitisch:
 - außerhalb des EU-Rechts (parlamentarische und gerichtliche Kontrolle)
 - kein Beschluss des Konvents (EP+Vertreterl. nat. Parlamente)
 - nicht klar ob der Vertrag kündigbar ist
 - Einschränkung des Budgetrechts des Parlaments (sie können die Regel nicht mehr rückgängig machen)
- technisch:
 - Berechnung des strukturellen Defizits (ex ante & ex post !) sehr unsicher
 - 40 untersch. Ergebnisse für Deutschland - Fachebene entscheidet
 - strukturelles Defizit für Ö 2008-2010 von EK im Durchschnitt um 1%Pkt revidiert (für 2009: Herbst08 -1,2% / Frühjahr09 -4,2% / Herbst10 -2,3% / Frühjahr11 -2,8%)
 - das hätte bedeutet die Konsolidierung hätte je nach Schätzzeitpunkt 2,3Mrd. bis 10,6Mrd. € betragen müssen

Viele Regeln, doch welche greift wann & wie?

- Bis 2013 wirken vor allem SWP & 6-Pack:
 - Spanien's Defizitpfad von 8% 2011 auf 3% 2013
 - SWP & 6-Pack sind so lange die strengsten Regeln bis die Mehrzahl der Staaten ihr Defizit von durchschnittlich 6% 2010 auf unter 3% gebracht haben
 - dann (ab 2014?) greift der Fiskalpat mit der 1/20-Regel
- Geplante Konsolidierung in der €-Zone
 - ca. 1,5% des BIP 2012 und 1% 2013
 - Spanien: 3%; Deutschland: 0,2%
- Wirkung auf das Wachstum in der €-Zone
 - min. 1,25% p.a. ohne Multiplikatoreffekt

Wirkung

Konsolidierungsbedarf nach dem Defizit- bzw. dem Schuldenkriterium

(in % des BIP)

	Ausgangslage 2011		Konsolidierungs- bedarf pro Jahr		Schuldenstand 2013	Konsolidierungs- bedarf pro Jahr
	Defizit	Staatsschuld	Defizit	Staatsschuld		
Belgien	-3,0	97,2	-0,5	-1,9	96,3	-1,8
Bulgarien	-1,2	17,5	-0,1	-	15,3	-
Tschechien	-3,6	39,9	-0,6	-	39,5	-
Dänemark	-2,1	44,1	-0,3	-	45,0	-
Deutschland	-1,3	81,7	-0,2	-1,1	81,7	-1,1
Estland	-0,2	5,8	-	-	6,1	-
Irland	-9,1	108,1	-1,7	-2,4	99,3	-2,0
Griechenland	-5,0	162,8	-0,9	-5,1	157,6	-4,9
Spanien	-4,9	69,6	-0,9	-0,5	65,0	-0,3
Frankreich	-4,7	85,4	-0,8	-1,3	84,4	-1,2
Italien	-3,1	120,5	-0,5	-3,0	119,7	-3,0
Zypern	-5,9	64,9	-1,1	-0,2	70,9	-0,5
Lettland	-3,2	44,8	-0,5	-	47,1	-
Litauen	-4,2	37,7	-0,7	-	39,4	-
Luxemburg	0,5	19,5	-	-	20,3	-
Ungarn	-5,0	75,9	-0,9	-0,8	79,1	-1,0
Malta	-3,1	69,6	-0,5	-0,5	71,5	-0,6
Niederlande	-3,2	64,2	-0,5	-0,2	64,5	-0,2
Österreich	-3,1	72,2	-0,5	-0,6	71,6	-0,6
Polen	-5,5	56,7	-1,0	-	55,3	-
Portugal	-6,9	101,6	-1,3	-2,1	97,3	-1,9
Rumänien	-3,7	34,0	-0,6	-	33,3	-
Slowenien	-3,0	45,5	-0,5	-	54,6	-
Slowakei	-4,9	44,5	-0,9	-	42,1	-
Finnland	0,1	49,1	-	-	47,0	-
Schweden	0,9	36,3	-	-	38,4	-
Vereinigtes Königreich	-8,0	84,0	-1,5	-1,2	78,7	-0,9

Quellen: European Economic Forecast - Autumn 2011.

(http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2011/pdf/ee-2011-6_en.pdf), Berechnungen der Institute auf Basis von Simulationen mit dem OEF Modell.

Sparparadoxon Sparpolitik verschlimmert Probleme:

- Staat spart bei Ausgaben- und Investitionen
 - ➔ dies verringert Einkommen
 - ➔ Nachfrage sinkt, Unternehmen investieren weniger
 - ➔ Wirtschaftleistung & Steuereinnahmen gehen zurück
 - ➔ Schuldenproblem verschärft sich
 - ➔ Staat spart bei Ausgaben- und Investitionen
 - ➔ ...

Bsp, die Sparmusterschüler:

- Portugal:
 - Sparvorgaben wurden erfüllt
 - ➔ verfügbares HH-Einkommen -6,7%
 - ➔ Prognose BIP-Wachstum 2012: -3,3%
 - ➔ Arbeitslosenquote: 13% (2012 progn.: 19%) Jugend-AL: 35%
- Spanien:
 - Regierung erfüllte Sparziele
 - ➔ Prognose BIP-Wachstum 2012: -1,7%
 - ➔ Industrieproduktion 3/2012: -10%
 - ➔ AL: 22% Jugend-AL: 51%

Wie gehts weiter, vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklung?

- Ist es realistisch, dass der Fiskalpakt neuverhandelt wird?
- Was ist mit dem 6-Pack?
- Wie kann ein Wachstumsstrategie für Europa aussehen?
- Wie bekommt man das Zinsproblem in den Griff?

Lösungsansätze:

- Wachstums- und Beschäftigungsstrategie:
 - Nachfragesteigerung
 - Löhne in D, Ö, NL etc!?
 - Investitionsanreize
 - Finanzierung über FTT, andere Steuern, EU-Budget, EIB
- Strategie zur Bekämpfung des Schuldenproblems:
 - Verringerung der Zinslast (von Staaten & Unternehmen)
 - ➔ Eurobonds
 - ➔ ESM kauft Staatsschulden etc...
 - Banklizenz (EZB)
 - oder Ausgabe garantierter Anleihen

Realistische Reform innerhalb des Fiskalpakts

- Verlangsamung der Konsolidierung
 - durch Verlängerung des Anpassungszeitraum bis 3% Defizitkriterium erreicht ist
- öff. Investitionen ermöglichen
 - indem sie von den Regeln ausgenommen werden

Schluss:

- Staatsschulden sind Folge, nicht Ursache der Krise.
- Strikte Sparpolitik:
 - schadet Wirtschaftswachstum und Beschäftigung
 - löst Schuldenproblem nicht
- Wachstum ist nötig um Schuldenproblem und Arbeitslosigkeit in Griff zu bekommen.

Quellen (Auszug)

- Dullein, S. 2012: Reinventing Europe: Explaining the Fiscal Compact www.social-europe.eu/2012/05/reinventing-europe-explaining-the-fiscal-compact
- Fitoussi, J.-P., Stiglitz, J., 2009. The Ways Out of the Crisis and the Building of a More Cohesive World. OFCE Document de travail No 2009-17, Juillet 2009; <http://www.ofce.sciences-po.fr/pdf/dtravail/WP2009-17.pdf>
- Horn G. et al 2009, IMK-Report 38/2009 http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_38_2009.pdf
- Horn G. et al 2009, IMK-Report 40/2009 http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_40_2009.pdf
- Horn G. et al 2009, IMK-Report 41/2009 http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_41_2009.pdf
- IMK, OFCE, WFO, IMK-Report 71/2012 http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_71_2012.pdf
- Oberndorfer L. 2011, Eine Krisenerzählung ohne Kompetenz, AK-Infobrief 3/2011